



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER JULI 2022

BERND RÜTZEL

**Mitglied des
Deutschen Bundestages**

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

im Juli beginnen für viele Menschen die Sommerferien. Manche freuen sich auf einen Urlaub im Süden. Das Einchecken auf den Flughäfen wird heuer zur Geduldsprobe. Es fehlen hinten und vorne Arbeitskräfte. Während der Pandemie haben Fluggesellschaften, Sicherheitsunternehmen und auch Flughäfen ihr Personal nicht vollständig an Bord gehalten. Viele sind in andere Jobs abgewandert und jetzt klappt eine Lücke, die so schnell nicht behoben werden kann. Ja, der Fach- und Arbeitskräftemangel ist überall. Deshalb ist es wichtig, dass wir den Arbeitsmarktmotor am Laufen halten. Unser Arbeitsmarkt ist robust und dennoch gibt es Bereiche, die weiter auf Kurzarbeit angewiesen sind, weil z.B. Ersatzteile fehlen. Deshalb verlängern wir das Kurzarbeitergeld bis 30. September.

Der höhere Mindestlohn ist beschlossen und die höheren Renten auch. Ebenso haben wir für 3 Millionen Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner deutliche Verbesserungen erreicht. Es findet nur noch eine Sitzungswoche Anfang Juli statt, danach geht es in die sitzungsfreie Zeit. Wir nutzen diese, um unser Bürgergeld auf den Weg zu bringen und das Rentenpaket 2 vorzubereiten. Wir sichern dort das Rentenniveau und stärken die Renten für ca. 22 Mio. Rentnerinnen und Rentner.

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Sommerzeit und eine gute Lektüre meines Newsletters.

Ihr/Euer

5



Berlin-Fahrt schafft es
in die Tagesschau

6



Wichtiger Austausch:
Betriebsrätekonferenz

7



9 Euro-Ticket muss zum
365 Euro-Ticket werden

9



Bundeshaushalt: 161 Mrd
für Arbeit & Soziales

KLARTEXT

KLARES SIGNAL FÜR DIE UKRAINE — UND AN PUTIN!



Die Zusage von Olaf Scholz, sich bei den EU-Mitgliedsstaaten für eine europäische Perspektive der Ukraine einzusetzen, ist ein klares Signal für das Land — und an Putin.

Olaf Scholz hat die Ukraine als Teil der europäischen Familie beschrieben, die ebenso wie die westlichen Balkanstaaten und die Republik Moldau eine Perspektive in der EU haben sollen. Auch wenn der Weg in die EU steinig und anstrengend sein wird, so ist doch diese Aussage in ihrer historischen Bedeutung nicht zu unterschätzen.

Dass der Bundeskanzler dabei an die Bedeutung und Anziehungskraft von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erinnert, unterstreicht die inneren und äußeren Herausforderungen und Dynamiken eines länge-

ren Prozesses. Denn selbstverständlich gelten für alle, die Mitglied der EU werden wollen, die gleichen Regeln.

Die besondere Verantwortung Deutschlands besteht jetzt darin, die Einigkeit der EU in den weiteren Gesprächen herzustellen und zu erhalten.

Zugleich müssen wir die Gefahr einer unkontrollierbaren Konfliktdynamik im Auge behalten. Das Säbelschlagen in Moskau nimmt von Tag zu Tag zu, die Hardliner im Kreml scheuen bei öffentlichen Auftritten keinen Konflikt mit dem Westen. Natürlich ist da auch viel heiße Luft dabei. Aber nicht nur.

Gut, dass Olaf Scholz besonnen Politik macht und nicht in das Säbelschlagen einzelner Medien und deutscher Politiker einstimmt.



POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

RENTENPAKET BESCHLOSSEN

- **Rentenerhöhung:** Zum 01.07. steigen die Renten um 5,34% (West) bzw. 6,12% (Ost).
- **Erwerbsminderungsrente:** Von Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente profitierten bislang nur künftige Bezieherinnen und Bezieher, aber nicht, wer bereits die Rente bezog. Das haben wir geändert. Das bedeutet mehr Geld für 3 Millionen Menschen!

- **Stabilität im System:** Wir führen den Nachholfaktor wieder ein, der dafür sorgt, dass sich Löhne und Renten im Gleichklang entwickeln. Das Prinzip der Rentengarantie und der Nachholfaktor sorgen dafür, dass in Krisenzeiten die Renten nicht gekürzt werden müssen und wir in guten Zeiten einen fairen Ausgleich zwischen Rentnern und Beitragszahlern schaffen.



LOHNLÜCKE

IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Anfang Juni habe ich mit Milanie Kreutz, der Vorsitzenden der Bundesfrauenvertretung des Beamtenbundes, und ihrer Kollegin Lavanya Ferdinandz über Gleichstellung gesprochen. Obwohl mehr als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Frauen sind (400.000), ist nur jede vierte Führungskraft weiblich. Unser gemeinsames Anliegen ist, Frauen auf dem Weg nach oben zu unterstützen und die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen.



FINNLAND

ARBEITSMINISTERIN ZU BESUCH

Anfang Juni war die sozialdemokratische finnische Arbeitsministerin Tuula Haatainen in Begleitung von Botschafterin Anne Sipiläinen im Ausschuss zu Gast. Die sozialdemokratisch geführte Regierung hält trotz Pandemie und Ukraine-Krieg am Wohlfahrtsstaat fest. Um das zu schaffen, will man die Beschäftigungsquote auf 75 Prozent erhöhen. Es gehört zu meinen schönsten Aufgaben, Gäste begrüßen zu dürfen, mit denen wir eng verbunden sind!

EU-KOMMISSAR

SOZIALDEMOKRAT AUS LUXEMBURG



Anfang Juni war auch Nicolas Schmit, der Luxemburger EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, bei uns im Ausschuss. Er ist ein Sozialdemokrat und Europäer durch und durch.

Wir haben unter anderem über die Richtlinie gesprochen, die einheitliche Standards für Mindestlöhne in der EU vorsieht. Wir waren uns einig, jetzt müssen wir nur noch europaweit die Konservativen und Wirtschaftsliberalen überzeugen.



Büro Rützel

ROTES KREUZ

TARIFVERTRAG FÜR DIE PFLEGE

Mit DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt sprach ich beim traditionellen „Rotkreuz-Frühstück“ über die aktuelle Ukraine-Hilfe, die Finanzierung für das Rote Kreuz und vor allem über einen flächendeckenden Tarifvertrag für die Pflege. Ich hab ihr klar meine Position dargelegt: Caritas, Diakonie und Rotes Kreuz müssen hier endlich gemeinsam an einem Strang ziehen und Vorbild sein.



Büro Rützel

EUROPA

EU-KOMMISSION ZU BESUCH

Der Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, Jörg Wojahn, war mit der Fachreferentin für Arbeit und Soziales, Sabine Amirdschanjan, zum Gespräch in meinem Büro. Er hatte um einen Kennenlerntermin gebeten, den ich gerne ermöglicht habe. Schließlich nimmt die Rolle Europas in allen politischen Bereichen immer mehr zu.

SÜDTIROL

EUROPÄISCHER ZUSAMMENHALT

Anfang Juni war der Arbeitnehmer-Flügel der Südtiroler Volkspartei zu Gesprächen in Berlin. Europäischer Zusammenhalt ist jetzt wichtiger denn je!



Büro Rützel



Bundesregierung/Kugler

Regierungserklärung von Olaf Scholz am 22.06.2022:

**„Europa steht geschlossen
an der Seite des ukrainischen Volkes“**



BERLINFAHRT

AUCH IN DER TAGESSCHAU

Zwei Jahre lang konnten keine „Politischen Bildungsreisen“ nach Berlin stattfinden. Ich habe mich daher sehr gefreut, endlich wieder Gäste aus der Heimat (MSP, MIL und AB) in Berlin begrüßen zu können.

Vier Tage lang gab es interessante Einblicke in die Geschichte und den politischen Alltag der Hauptstadt. Im Mittelpunkt stand der Besuch des Bundestages. Zunächst schilderte ich meine Arbeit in Berlin und den Ablauf einer Sitzungswoche. In der anschließenden Diskussion ging es vor allem um soziale Gerechtigkeit. Anschließend gingen wir in das Reichstagsgebäude, wo meine Gäste die Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz live miterlebten ... inklusive Beweis-Foto in der Tagesschau.



Paul Alexander Probst

MINDESTLOHN

12 EURO AB OKTOBER

Wir haben den Mindestlohn eingeführt und nun auf 12 Euro erhöht. Damit halten wir eines unserer zentralen Wahlversprechen. Meine Rede hierzu im Deutschen Bundestag mit Klick auf das Foto



oder das Web-Symbol anschauen!



EU, NATO und G7

Regierungserklärung zu Gipfeltreffen

Mehr Informationen auf tagesschau.de, in der tagesschau-App und in der ARD Mediathek



Michael Amann

v.l.n.r.: Jonas Hörning (Betriebsratsvorsitzender Procter & Gamble Marktheidenfeld), Ralf Damde (Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates DB Regio Schiene/Bus), Alexander Thauer (Betriebsratsvorsitzender Warema Renkhoff SE), Clemens Fries (Betriebsratsvorsitzender Delonghi Marktheidenfeld), Harald Merz (Betriebsratsvorsitzender Gerresheimer Lohr), Holger Miksch (Gesamtbetriebsrat DB Regio AG) und Matthias Günther (Betriebsratsvorsitzender Warema Marktheidenfeld)

SPD-BETRIEBSRÄTEKONFERENZ

MIT BETRIEBSRÄTEN AUS MSP UND MIL

Zum 24. Mal hat die SPD-Fraktion Betriebsräte, Personalräte und Schwerbehindertenvertretungen unter dem Motto „Sozialer Zusammenhalt in Betrieb und Gesellschaft“ in den Bundestag eingeladen.

Aus Main-Spessart und Miltenberg nahmen zahlreiche Arbeitnehmervertreter meine Einladung an: Sieben Betriebsratsvorsitzende und Betriebsräte waren vor Ort mit dabei, vier schalteten sich digital dazu.

Die Konferenz ist ein zentraler Bestandteil in der Zusammenarbeit zwischen den Interessensvertretungen in den Betrieben und den politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in Berlin. Die Konferenz ist daher nicht nur als Dank an die Interessensvertretungen zu verstehen, die sich tagtäglich für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen.

zen. Sie dient auch als Frühwarnsystem für aktuelle Probleme und Herausforderungen.

Beiträge des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, des Beauftragte der Bundesregierung für die Belange für Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, und der neuen DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi zeigen den Stellenwert dieser Veranstaltung.

Die aktuellen Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundenen Preissteigerungen standen bei den Diskussionen ebenso im Zentrum wie die nächsten Vorhaben der SPD-Bundestagsfraktion. Arbeitsgruppen diskutierten zu Weiterbildung, betrieblicher Mitbestimmung und Schwerbehindertenrecht.



Büro Rützel

9 EURO-TICKET MUSS ZUM MONATSTICKET WERDEN

Chaotische Zustände auf den Bahnsteigen und in den Zügen bestimmen häufig das Bild vom 9-Euro-Ticket in der Öffentlichkeit. Was kaum jemand sieht, ist die enorme Belastung, unter der das Personal in und an den Zügen steht. Übersehen werden außerdem einige positive Effekte:

Mit dem 9-Euro-Ticket liegt erstmals ein flächendeckender, bundeseinheitlicher Fahrschein für alle Verkehrsmittel im ÖPNV vor. Das Angebot wird rege angenommen. Die Nachfrage übersteigt deutlich die hohen Prognosen. Es hilft vielen Menschen ganz konkret im Alltag und in der Freizeit. Das 9-Euro-Ticket bestätigt auch, dass der Preis entscheidender Faktor für die Attraktivität des ÖPNV ist. Außerdem legt dieses Angebot den Finger in die Wunde und Probleme unübersehbar offen, die lange Theorie schienen. Auch das ist ein Vorteil, der genutzt werden muss.

Bernd Rützel: „Der größte Vorteil des 9-Euro-Tickets ist: Egal wohin man fährt, ein gültiger Fahrschein ist schon vorhanden.“

Rützel, Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag, traf den frisch ge-

wählten Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates DB Regio Schiene/Bus, Ralf Damde, in seinem Berliner Büro zum Gespräch. Der Austausch war Bernd Rützel gerade jetzt so wichtig, weil ihm die erheblichen Belastungen der Bahn-Beschäftigten im Zusammenhang mit dem 9-Euro-Ticket direkt zugetragen werden.

Rützel und Damde kennen sich seit vielen Jahren. Neben dem Interesse für die Bahn stehen für beide die Sicherheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Interessen der Beschäftigten im Fokus. Beide waren sich einig, dass das 9-Euro-Ticket die seit Jahren beschriebenen Missstände bei der Bahn deutlich offen legt. Trotz zahlreicher Lösungsvorschläge erfolgt die Problembehebung zu langsam. Das System ist so den Erwartungen an die dringend notwendige Verkehrswende nicht gewachsen.

Rützel: „Selbstkritik gehört zu ehrlicher Politik. Der SPD ist es bislang nicht gelungen, den Hebel umzulegen und der Bahn freie Fahrt zu ermöglichen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die CSU seit 2009 den Verkehrsminister gestellt hat.“ Die Bahn werde seit 30 Jahren kaputt gespart.

Auch Damde fand klare Worte. Die Bahn beschrieb er als „marodes System“. Ursache vieler Probleme sei die komplizierte Aufgaben- und Zuständigkeitsstruktur im Regionalverkehr. Vor allem bei der Ausschreibungspraxis für die Vergabe von Verkehrsleistungen sieht er Änderungsbedarf. Rützel und Damde waren sich einig, dass die Vorhaltung von Fahrzeugreserven Inhalt der Ausschreibungen werden muss, um Engpässe schnell ausgleichen zu können. Das gewährleistete gleiche Bedingungen und fairen Wettbewerb. Kurzfristig müsse das Personal dringend entlastet werden, das Probleme der Infrastruktur und



Büro Rützel

mit der Ausstattung der Fahrzeugflotte unmittelbar vor Ort auffangen müsse. Entlastend, so Damde, wären etwa Änderungen bei der Fahrradmitnahme. Er setzt sich außerdem für ein Dankeschön an die Mitarbeitenden der Bahn ein, z.B. in Form eines zusätzlichen freien Tages oder Kostenübernahme für Freizeitaktivitäten.

Der Bund unterstützt die Länder bei der Bereitstellung des ÖPNV. Aus verschiedenen Töpfen gibt es dafür Geld – insgesamt mehr als 13 Mrd. Euro, über 9 Mrd. davon sind Regionalisierungsmittel. „Die Länder vergeben diese Mittel nach unklaren Grundsätzen, nicht alles kommt im ÖPNV an.“, kritisiert Bernd Rützel. Auch hier bestehe Änderungsbedarf.

Auch über eigene Vorschläge, wie Bahn, Bund und Länder dem Bedarf an Angeboten künftig begegnen sollten, sprachen Rützel und Damde. Damde regte ein „Sondervermögen ÖPNV“ an, Rützel die dauerhafte Fortsetzung eines günstigen, bundesweiten Tarifs, z.B. in Form eines „30-Euro-Monatstickets“, das ein echtes 365-Euro-Jahresticket wäre.

Ralf Damde wurde zum neuen Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates DB Regio Schiene/Bus gewählt. Bernd Rützel: „Herzlichen Glückwunsch zum neuen Amt, lieber Ralf Damde, viel Erfolg und auf eine gute Zusammenarbeit!“



SCHIRMHERR

100 JAHRE SV RIENECK

Als kleiner Bub war ich hier schon auf dem Sportplatz, nun durfte ich als Schirmherr das Fest des SV Rieneck zum 100-jährigen Bestehen feierlich eröffnen. Es war mir eine große Ehre und Freude.



125 JAHRE

SPD-JUBILÄUM IN LOHR

Stolz kann die SPD in Lohr auf ihre lange Geschichte zurückblicken. Mitte Juni hat sie das getan: mit Festredner Dr. Uli Maly, Ehrungen von Genossinnen und Genossen und einer schönen Feier, die diesem großen Jubiläum angemessen war.



Büro Rützel

HAUSHALT

BERATEN & BESCHLOSSEN

Das Foto zeigt mein Interview mit Kai Clement vom ARD-Hauptstadtstudio zum 161 Milliarden Euro schweren Haushalt im Bereich Arbeit und Soziales. Das ist der weitaus größte Teil der beschlossenen Ausgaben in Höhe von 495,8 Milliarden Euro.

Der Löwenanteil der Ausgaben des Einzelplans für Bundesarbeitsminister Hubertus Heil entfällt auf die Rentenversicherung und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (siehe nächste Seite). Daneben stemmen wir viele weitere soziale Leistungen, wie bspw. das Arbeitslosengeld II, Leistungen für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Grundsicherung und vieles mehr. Und das ist auch gut so. Bei allen Krisen auf der Welt und vor unserer Haustüre dürfen wir die Sozialpolitik für die Bürgerinnen und Bürger nicht vergessen. Dafür arbeiten wir in der SPD-Fraktion und besonders im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Mitte Juni wurde der Haushalt 2022 vom Parlament verabschiedet – die Beratungen standen im Zeichen der großen, globalen Krisen. Zum einen kämpfen wir noch immer mit den Folgen der Corona-Pandemie, zum anderen hat der russische Angriffskrieg auf die

Ukraine dramatische Folgen für die globale Sicherheitsarchitektur, aber auch für die Welternährung. Diesen Entwicklungen trägt der Haushalt in verantwortungsvoller Weise Rechnung.

Die Ergebnisse der Haushaltsverhandlungen beweisen, dass die Ampel-Koalition genau in diesem Spannungsfeld Sicherheit im Wandel gestaltet. Der Bundeshaushalt 2022 garantiert die äußere, die innere und die soziale Sicherheit. Das ist mir wichtig.

Gleichzeitig sorgen wir für dringend notwendige Investitionen, die den Wohlstand des Landes sichern. Die Ampel investiert in Infrastruktur, schützt das Klima, unterstützt den Mittelstand, fördert Forschung, Innovation und den sozialen Zusammenhalt.

Das, was Olaf Scholz „Zeitenwende“ nennt, bedeutet nicht nur dringend notwendige Investitionen in die Bundeswehr, sondern auch die Stärkung der Sicherheits-, Außen- und Entwicklungspolitik.

Mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, das im Grundgesetz verankert wird, stärken wir die Bundeswehr nachhaltig.

Mit zielgerichteten Mehrausgaben für die militärische Ertüchtigung von Deutschlands Partnerstaaten und deutlichen Zuwächsen in den Etats des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung reagieren wir zudem auf die Herausforderungen des Krieges und auch auf die dadurch drohende Ernährungskrise.

Im Etat des Auswärtigen Amtes wird der Ansatz für humanitäre Hilfe auf 2,7 Milliarden Euro erhöht. Und das Auswärtige Amt erhält zusätzliche Mittel in Höhe von 1,4 Milliarden Euro.

Zusammen mit einer weiteren Milliarde im Gesamthaushalt stehen rund 2,4 Milliarden zusätzlich für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Verfügung, um sowohl die Ukraine direkt zu unterstützen als auch die Folgen des Krieges für Entwicklungs- und Schwellenländer abzumildern.

Die soziale Sicherheit wird gestärkt

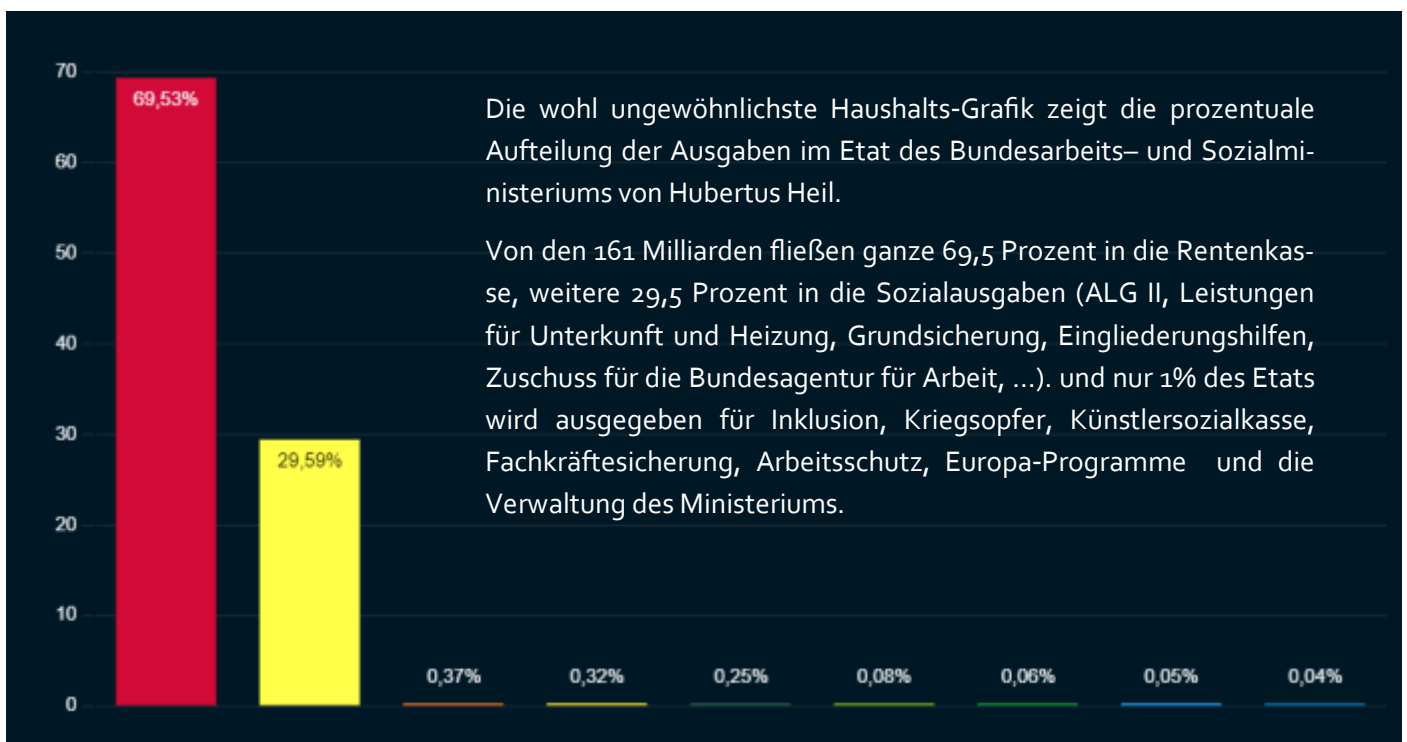
Ein weiterer wichtiger Baustein dieses Haushaltes sind die Investitionen im Kampf gegen den Klimawandel. Damit verbunden sind Investitionen in natürlichen Klimaschutz, in Elektromobilität, in energieeffiziente Gebäude, in die Dekarbonisierung der Industrie und den Wasserstoff-Standort Deutschland.

Gegenüber den ursprünglichen Planungen werden Investitionen in Schiene, Binnenschifffahrt, Radwege und Digitalisierung verstärkt. Zudem wird der soziale Arbeitsmarkt unterstützt und es werden Mittel bereitgestellt, die es ermöglichen, ukrainische Geflüchtete schneller zu integrieren.

400.000 neue Wohnungen

In der Wohnungsbaupolitik arbeiten wir daran, das jährliche Ziel von 400.000 neuen Wohnungen umzusetzen. Zusätzlich werden wir in altersgerechtes Umbauen und Städtebau investieren. Das Gleiche gilt für die Stärkung von Wohneigentum für junge Familien, auch über die Förderung von Baugenossenschaften. Zudem wird in die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens investiert, um endlich bessere Startchancen unabhängig vom Elternhaus zu schaffen.

In diesem Jahr sind Ausgaben in Höhe von 495,8 Milliarden Euro vorgesehen. Da die geplanten Ausgaben die Steuereinnahmen übersteigen, ist zum Ausgleich eine Nettokreditaufnahme von 138,9 Milliarden Euro geplant. Die Neuverschuldung liegt damit wie 2020 und 2021 über der von der Schuldenregel des Grundgesetzes regulär zulässigen Kreditaufnahme. Für die Aufnahme hat der Bundestag erneut eine Ausnahme von der Schuldenregel beschlossen.





Büro Rützel

GESELLENSUD

BIERANSTICH IN HALSBACH

Unsere Brauereien und das Handwerk liegen mir sehr am Herzen, weshalb ich mich über die Einladung von Braumeister Manuel Müller in seine Goikelbräu in den Lohrer Stadtteil Halsbach sehr gefreut habe. Klasse, was er hier auf die Beine gestellt hat. Erfahrungen aus der ganzen Welt und viel Mut bringt er in seine Firma ein und macht sie so zu etwas ganz besonderem.

Herzlichen Dank für die Einladung und großen Respekt an die drei angehenden Brauer Johannes Marschall, Veit Pfeuffer-Martin und Jerome Wappes für ihr leckeres Bier, den Gesellensud, den wir gemeinschaftlich und gekonnt angestochen haben.



Mit Klick auf das Foto geht's zum Video vom Bieranstich.



Büro Rützel

LEBENSILFE

RICHARD-GALMBACHER-SCHULE

Eine Brücke zum Leben als Erwachsener und in die Selbstständigkeit bildet die Berufsschulstufe der Richard-Galmbacher-Schule der Lebenshilfe im Landkreis Miltenberg e.V. in Elsenfeld für junge Menschen mit Behinderung. Sie schließt sich an die neunjährige Regelschulzeit an, dauert drei Jahre und wird von Schülerinnen und Schülern besucht, die einen Förderbedarf im Bereich geistige Entwicklung haben. Erlernen erwachsenengemäßer Umgangsformen, Arbeiten und Lernen nach individuellen Möglichkeiten und außerhalb des geschützten Bereiches Schule, sowie Probewohnen in Kleingruppen und Selbstversorgung sind einige Schwerpunkte, die die engagierte Lehrerschaft mit den Schülerinnen und Schülern einüben. Endlich hat es geklappt, mal wieder vorbeizukommen und über meine Arbeit im Deutschen Bundestag berichten zu können.

LAGE DER FRAKTION – DER PODCAST

Hohe Preise ohne Ende – wie hilft der Staat?

Dagmar Schmidt über teures Benzin, Krisenprofiteure und ihre Wünsche an Christian Lindner



TAGESAKTUELL



INFORMIERT:

facebook.com/BerndRuetzelMdB

instagram.com/bernd_ruetzel

bernd-ruetzel.de

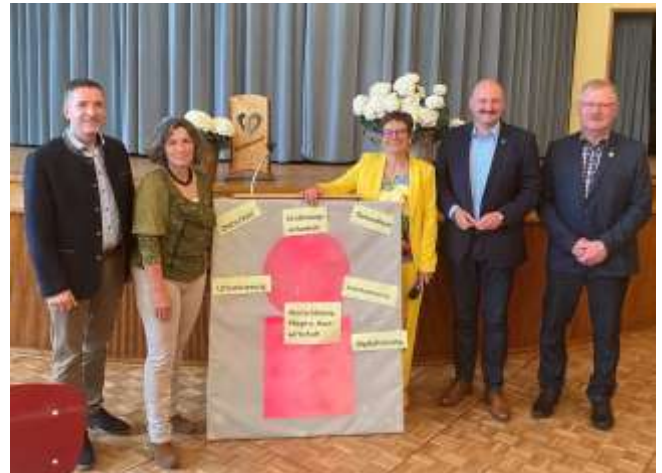


Ferdinand Heilgenthal

30 JAHRE SPD

EHRUNG IM ORTSVEREIN

Die Jahresversammlung des SPD-Ortsvereins Gemünden war heuer etwas ganz Besonderes für mich. Nicht nur, weil ich engagierten Weggefährtinnen und Weggefährten Urkunden, Blumen und Geschenkgutscheine überreichen durfte. Diesmal bekam auch ich eine Urkunde – von meiner Ortsvereinsvorsitzenden Monika Poracky. Ich dankte in meiner Rede dem ehemaligen Rienecker Bürgermeister Hubert Faßnacht, der mich damals, vor 30 Jahren, zur SPD brachte. Auf dem Foto sind v.l.: Monika Poracky, Sandra Rippel, Hubert Faßnacht und Alexandra Silberbach-Schmitt.



Büro Rützel

LANDFRAUEN

SOZIALE BERUFE AUFWERTEN

Eine schöne Veranstaltung war das Frühstück der Landfrauen im Bayerischen Bauernverband Main-Spessart. Im Kreuzkloster Gemünden haben wir einen Blick in die Zukunft gewagt. Ich konnte in meinem Grußwort unter anderem auf soziale Fragen eingehen. Die Landfrauen appellierten, die Berufe im Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesen langfristig aufzuwerten, was ich unterstütze. Gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung sind das A und O. Sie müssen für soziale Berufe selbstverständlich sein. Dafür brauchen wir flächendeckende Tarifverträge.

EHRENGAST

QUÉBEC-NATIONALFEIERTAG

Als Vorsitzender der Deutsch-Kanadischen Parlamentariergruppe war ich Ehrengast beim Empfang zum Nationalfeiertag von Québec. In meinem Grußwort sprach ich über die vielen Gemeinsamkeiten und die enge Partnerschaft Deutschlands mit Quebec und Kanada. Da war ich mir mit Elisa Valentin, der Generaldelegierten von Québec, einig.



GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpoliti-
sche Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Die bayerischen Landwirtinnen und Landwirte haben es in diesen Tagen wahrlich nicht einfach. Die hohen Energiepreise treffen auch sie mit aller Härte. Diesel ist teuer geworden, ebenso Stickstoffdünger und Futtermittel. Als wäre das nicht genug, bereitet die anhaltende Trockenheit zunehmend Sorgen um die Qualität der Ernte.

Putins Krieg gegen Europas Kornkammer hat bestehende Probleme verschärft und neue geschaffen. Fakt ist: Für viele Landwirtinnen und Landwirte lohnt sich der Betrieb weniger denn je, während der Druck, in Tierwohl zu investieren, stetig wächst. Es steht zu befürchten, dass auch in diesem Jahr wieder viele bayerische Bauernhöfe aufgeben werden.

In dieser schwierigen Situation werden nun Rufe nach einer teilweisen Aussetzung des europäischen Green Deal laut – dem Fahrplan, der Europa bis 2050 klimaneutral machen soll: Pflanzenschutzmittel sollen auf ökologischen Flächen erlaubt werden, um die heimische Nahrungsmittelproduktion zu steigern. Auch die Pflicht, ab 2023 vier Prozent der Ackerflächen stillzulegen, solle aufgehoben werden. Das aber ist kurzfristig gedacht. Der Klimawandel und das Artensterben schreiten unaufhaltsam voran. Sie lassen keinen weiteren Aufschub im Handeln zu. Sie gebieten in

aller Dringlichkeit, die begonnene Transformation hin zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und widerstandsfähigen Landwirtschaft voranzutreiben.

Ja, es stimmt, dass die aktuelle Übergangsphase teuer und unbequem sein mag. Gleiches gilt übrigens für den Weg in von fossilen hin zu regenerativen Energien. Deshalb ist es die Aufgabe des Staates, die finanziellen Bürden für Menschen mit geringem Einkommen erträglich zu halten. Das Entlastungspaket auf Bundesebene hat hierfür bereits einen wichtigen Beitrag geleistet. Nun hat die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag ein zusätzliches bayerisches Entlastungspaket gefordert.



Der Umbau der Landwirtschaft, er muss von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinschaftlich getragen werden – und darf nicht einseitig auf Kosten der Landwirte gehen. Auch wir als Verbraucher sind gefordert, persönliche Verhaltensweisen zu überdenken, Fleischkonsum und Einkaufsverhalten auf den Prüfstand zu stellen – und Lebensmittelverschwendung einzudämmen. Für eine erfolgreiche, zukunftsorientierte Landwirtschaft in Bayern setze ich mich mit meiner Arbeit nachdrücklich im Bayerischen Landtag ein. Herzlichst, Ihre/Eure Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de